

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/12

Bonn, den 17. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
--------------	--	---------------

1	"Kleine Hilfe" für Hochbegabte	54
---	--------------------------------	----

Reformbedürftige Ausbildungsförderung

Von Joachim Raffert, MdB

2	Vertrauen verpflichtet	32
---	------------------------	----

Die Große Koalition im Urteil der Bevölkerung

3 - 4	Wohin steuert Peking ?	100
-------	------------------------	-----

Zu den Auseinandersetzungen in China

Von \* \* \*

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Wir haben nichts im Zwielficht gelassen  
Keine Nichtigkeitserklärung von Anfang an  
Anerkennung der gegenseitigen Rechte notwendig  
Klärende Aussprache über Münchner Abkommen  
Das ganze deutsche Volk wurde betroffen  
Schlesier wurde Staatssekretär

+ +

## "Kleine Hilfe" für Hochbegabte

### Reformbedürftige Ausbildungsförderung

Von Joachim Raffert, MdB

Eine der Aufgaben, die auch die neue Bundesregierung nicht in einem Wurf lösen kann, ist die Reform der Ausbildungsförderung. Aus vielen kleineren und größeren Töpfen wird dafür Geld ausgegeben - sinnvoll oder weniger sinnvoll, das ist oft die Frage. Koch ist der Maßanzug nicht geschneidert, der jedermann passen könnte. Im Wege stehen nicht nur finanzielle Barrieren. Auch ideologie-verdächtige Hindernisse gibt es. Sie werden womöglich noch schwerer zu beseitigen sein. Der Bundestagsbeschluss, das "Pennälergehalt" von monatlich 30 DM an die Kindergeldgesetzgebung zu koppeln und damit zu einem fest eingebauten Bestandteil der von Männern wie Franz-Josef Wurmeling eingeleiteten Familienpolitik zu machen, hat das erst vor wenigen Wochen bestätigt.

Dem Parlament bleibt aufgegeben, die Ausbildungsförderung in der Bundesrepublik in eine zeitgemäße, zukunftsbezogene Fassung zu bringen. Das wird zunächst Zeit und später auch Geld kosten. "Kleine Schritte" aber müssen jetzt schon getan werden, um zumindest Bestehendes nicht zu gefährden. Einer davon hat der Hochbegabtenförderung zu gelten.

An all unseren Universitäten und Hochschulen gibt es heute wenig mehr als 3 500 Studenten, denen von der Studentenstiftung des deutschen Volkes - der ältesten und verdienstvollsten Einrichtung in diesem Felde - oder den sogenannten freien Förderungswerken geholfen wird: dem Evangelischen Studienwerk Villigist, dem katholischen Cusanuswerk, der Stiftung Mitbestimmung, der Friedrich-Ebert- und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nur die FDP-nahe Friedrich-Kaumann-Stiftung ist hier nicht beteiligt. Die Kulturpolitiker der FDP treten ohne Rücksicht auf die Gegebenheiten für eine Beschränkung auf die Studienstiftung ein.

1966 haben die freien Werke 2,5 Millionen DM aus Mitteln des Bundes bekommen. Die Studienstiftung, die sich in Organisations- und Förderungsform von den anderen unterscheidet, erhielt 3,55 Millionen DM. Künftig werden diese Beträge nicht ausreichen, wenn nicht die ohnehin recht geringe Zahl der Geförderten zurückgehen und eine einigermaßen gerechte Auswahl unmöglich gemacht werden soll.

Bisher galt die Faustregel, die von dem jetzigen Wissenschaftsminister Stoltenberg vor Jahren als Mitglied des Haushaltsausschusses entwickelt worden war. Von den Leistungen der Werke an die Hochbegabten sollte danach eine Hälfte aus Bundesmitteln, die zweite aber aus anderen Quellen kommen. Dieses "Halbe-Halbe-Prinzip" hat nie richtig funktioniert. Jetzt, da die Grundstipendien angehoben werden müssen, während die Spendenaufkommen aus der Wirtschaft zurückgehen, ist es überhaupt nicht mehr anzuwenden.

Deshalb hat der Ausschuss für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik nach einem "Hearing", bei dem alle Stiftungen zu Wort kamen, vorgeschlagen, sowohl die Grundstipendien in Höhe der nach dem Honnefer Modell zu vergebenden Gelder der allgemeinen Studienförderung als auch ein monatliches Büchergeld von 50 DM voll aus Bundesmitteln zu gewähren. Die Verwaltungskosten und die Leistungen für die Betreuung der Studierenden in der Studienberatung, für zusammenfassende Tagungen u.a., sollen die Stiftungen selbst tragen. Dadurch würde eine Mehrbelastung des Bundeshaushalts von 4,6 bis 5 Millionen DM entstehen, je nach der künftigen Monatshöhe des Honnefer-Stipendiums (320 oder 350 DM). So könnte wenigstens die bisherige Zahl der Geförderten erhalten bleiben. Wird aber der vorgeschene Betrag nicht erhöht, dann können von 1967 an keine oder nur wenige Stipendiaten gefördert werden. Der Haushaltsausschuss hat dies nur zur Kenntnis genommen. Die dem Bundestag vorbehaltene Entscheidung kann nicht nur finanzpolitisch gesehen werden. + + +

## Vertrauen verpflichtet

### Die Große Koalition im Urteil der Bevölkerung

sp - Die Große Koalition findet in der Bevölkerung eine gute Resonanz. Eine Meinungsumfrage des Godesberger Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (INPAS) ergab, daß etwa 63 Prozent, also fast zwei Drittel der Bundesbürger, die Große Koalition bejahen, an sie große Erwartungen knüpfen und von ihr annehmen, sie werde besser mit den Problemen und Aufgaben fertig werden als eine von der CDU/CSU und FDP gestellte Regierung. Das Kabinett Kiesinger-Brandt, hervorgegangen aus ungewöhnlichen Umständen, an die zu erinern wir in der Zukunft noch oft Anlaß haben werden, hat nicht nur im Parlament eine große Mehrheit, sie hat sie auch in der Bevölkerung. 64 Prozent der CDU-Wähler und 74 Prozent der SPD-Wähler bejahen die Große Koalition, und sogar von den Wählern der kleineren Parteien glauben 35 Prozent, die neue Regierung sei besser als ihre Vorgänger - gewiß ein psychologisch bedeutsamer Faktor.

Vertrauen verpflichtet. Diese Regierung wird daran gemessen werden, wie und wann das in der Regierungserklärung enthaltene Programm seine Verwirklichung findet. Nichts wirkt erfolgreicher als der Erfolg. Über Arbeitsmangel hat sich diese Regierung wahrhaftig nicht zu bekümmern. Die vorhergehende Regierung ist gescheitert, weil sie nicht der Mut zum entschlossenen Handeln besaß, weil innere Gegensätze ihre Führungskraft lahmlegten, weil sie unangenehme Entscheidungen auf die lange Bank schob und unserem Volk die Wahrheit über den Stand der Staatsfinanzen vorenthielt. Sie hinterließ eine bedrückende Erbschaft. Das Experiment der Großen Koalition ergab sich aus der Zwangsläufigkeit einer unhaltbar gewordenen Lage. Beide großen Parteien fanden sich in dem Willen zusammen, die Dinge wieder zum Besseren zu lenken. Die Bevölkerung hat dies, wie das Ergebnis der ersten über diese Regierung veranstalteten Meinungsumfrage ergibt, wohl begriffen; sie knüpft an die Tätigkeit des Kabinetts Kiesinger-Brandt hohe Erwartungen und traut ihm die Kraft zu, unser Haus wieder in Ordnung zu bringen. Und darauf kommt es an. Wie gut sich schon die wiederhergestellte Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik in so kurzer Zeit ausgewirkt hat, beweisen der Erfolg des deutsch-französischen Gipfeltreffens und die sich in der Innenpolitik abzeichnende größere Verständigungsbereitschaft der beiden Sozialpartner.

### Wohin steuert Peking ?

#### Zu den Auseinandersetzungen in China

Von \* \* \*

Die Vorgänge, die sich zur Zeit in China abspielen, können aus der räumlichen Distanz nur mit Vorbehalt beurteilt werden. Das Jurdurchsichtige an der kritischen Situation ist, daß selbst "Experten", die in unmittelbarer Berührung mit dem kommunistischen China stehen, allzuoft auf Kombinationen aufgrund unvollkommener Nachrichtengebung angewiesen sind. Was zeichnete sich bisher aus den turbulenten Vorgängen ab?

In den Auseinandersetzungen stehen sich zwei heftig befühende Gruppen gegenüber. Mao und Verteidigungsminister Lin gelten als die Exponenten jener Richtung, die sich auf die "Reinheit der Lehre" berufen und an jenen revolutionären Eilan anzuknüpfen versuchen, der dem Kommunismus in China zur Macht verhalf. Mit Sorge verfolgte Mao mit seinem Anhang jene Entwicklung, die ein unausweichlicher Trend der modernen Industriegesellschaft ist. Die Industriegesellschaften des Westens, wie auch die Entwicklung in der Sowjetunion, haben in oft schmerzvollen Prozessen diese Umformung durchlaufen, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Mao versucht demgegenüber die Reinheit der proletarisch-bäuerlichen Substanz in der sich entwickelnden chinesischen Industriegesellschaft zu erhalten. Ihm steht jene Gruppe bisher einflußreicher Kommunisten gegenüber, die sich der Einsicht einer Umformung des Volkes nicht verschließen und den Versuch unternehmen, Partei, Lehre, Politik und Kultur der neuen Gegebenheiten anzupassen. Um in der Terminologie der Kommunisten zu sprechen, revidieren diese Männer die "reine Lehre" leninistisch-maoistischer Prägung zu einem revidierten chinesischen Kommunismus. Zu diesen exponierten Personen gehören der Generalsekretär der KPCh, Teng Hsiao-ping, der Staatspräsident Liu Schao-tschü und andere. Welche Fraktionskämpfe sich im einzelnen in den letzten Jahren zwischen diesen Gruppierungen abgespielt haben, blieb der Außenwelt verborgen, weil die Differenzen hinter verschlossener Türen ausgetragen wurden. Die heftigen Angriffe, die seit Jahr und Tag gegen die "Revisiionisten" in Moskau geführt worden sind, täuschten eine einheitliche und geschlossene Parteiführung vor; die oppositionellen Kräfte innerhalb der Führung der KPCh, kamen nicht zu Wort. Vereinfacht kann die Gruppierung für und wider Mao Tse-tung als pro- und antisowjetisch dargestellt werden.

Mit der Gründung der "Roten Garde" wurde das Einsatzinstrument geschaffen, das Mao und Lin bedingungslos gegen die opponierenden Parteikader zur Verfügung steht. Solange jedoch die Armee sich nicht einheitig hinter die "Rote Garde" stellte, diese sogar, wie es vorgekommen ist, als Ordnungsfaktor am Äußersten hinderte, so lange sind der "Kulturrevolution" gewisse Grenzen gesetzt. Das soll sich nun offensichtlich ändern.

Zwischen den rivalisierenden Kräften in der Führungsspitze in der KPCh, hat sich ein Zentrum herausgebildet, das eine vermittelnde Rolle einzunehmen versucht. Hier ist Ministerpräsident Tschu En-lai zu nennen, der jetzt hervorgetreten ist, um die "Rote Garde" zur

Mäßigung anzuhalten und der die Differenzen auf "Widersprüche zwischen Menschen" reduziert wissen will.

Wer die Entwicklung Mao Tse-tungs verfolgt, wird feststellen müssen, daß er nicht nur die Ideen Lenins auf chinesische Verhältnisse umgeprägt hat, sondern daß ihn seit eh und je ein ausgeprägter Nationalismus ausgezeichnet hat. Wenn Mao sich heute auf Stalin beruft, so sollte nicht vergessen werden, daß er, als er noch der unbekannte Parteiarbeiter und später der Parteiführer der KPCh war, ebenso große Differenzen mit diesem seinerzeit ausgetragen hat. Hier sei nur daran erinnert, daß Stalins Taktik gegenüber Tschang Kai-schek eine ganz andere war, als sie Mao in der Praxis durchführte. Mao ließ sich nur unter dem Zwang der japanischen Aggression bewegen ein Stillhalteabkommen mit Tschang einzugehen. Mao trat nach der japanischen Niederlage zum Kampf gegen Tschang an und warf ihn vom Festland. Stalin hatte demgegenüber eine erneute Koalition mit Tschang gefordert, weil er die Kräfte Maos falsch eingeschätzt hatte. Mao hat sich auch nicht an die Sowjetischen Regulative zur Eroberung der Macht gehalten. Die sowjetische Formel zur Machteroberung lautet: Die Arbeiterklasse ist die führende Kraft und die Bauernschaft ist der natürliche Bündnispartner. Stalin versuchte jahrelang diese Formel vergeblich auf die chinesischen Verhältnisse anzuwenden und es kam zu mehreren proletarischen Aufständen, wie Kanton usw. Diese Aufstände wurden blutig von Tschang niedergeschlagen und tausende Kommunisten büßten dabei ihr Leben ein. Mao, der selbst der Bauernschaft entstammt, kehrte die Stalinsche Formel zur Machtergreifung der KPCh um, indem er der Bauernschaft die entscheidende Rolle zusprach, dem städtischen Proletariat intellektuelle Führungseigenschaften zubilligte und es als Bündnispartner der Bauernschaft ansah. Die Geschichte der KPCh zeichnet sich seit ihrer Gründung, Anfang der zwanziger Jahre durch Fraktionskämpfe aus, die erst durch die Führungsrolle Maos ein vorläufiges Ende fanden. Die Auseinandersetzungen gefährdeten anfangs Maos Führungsstellung, sie waren eine Vorwegnahme der heutigen Auseinandersetzungen in der Partei. Auch damals ging es um "Linke und Rechte". Wenn es den Anschein hatte, daß mit der Führungsrolle Maos die Freiheitskämpfe in der Partei beendet wurden, so zeigt die Gegenwart, daß die Auseinandersetzungen unter der Oberfläche weiter geschwelt haben.

Wenn eine Prognose heute überhaupt möglich ist, so bestehen zur Lösung des Konfliktes zwei Möglichkeiten: Mao, der ein geschickter Taktiker ist, könnte zum Beispiel einsehen, daß der historische Augenblick der Auseinandersetzungen denkbar schlecht - bedingt durch den Krieg in Vietnam - gewählt ist. Er könnte deshalb versucht sein sich mit den erreichten Positionen zufrieden zu geben, indem er seine Gegner zwar zur Ohnmacht verurteilt, sie aber nicht völlig ausschaltet. Der chinesischen Mentalität läge diese Lösung durchaus nicht fern, denn, obwohl nach Lage der Dinge zu dieser Lösung wenig Aussicht besteht, hat Mao in der Vergangenheit bewiesen, daß er zu Kompromissen, wenn er sie für richtig hielt, durchaus bereit sein kann. Andererseits wird der - ehrgeizige und energische Lin zur Festigung seiner Macht den Kampf bis zu Ende führen versuchen, um seine Gegner völlig auszuschalten. In diesem Falle hätten zwar der alternde Mao und sein Kronprinz Lin den Kampf gewonnen, sie müßten jedoch die Partei erheblich geschwächte zurücklassen. Was Mao und Lin heute durchführen, läuft historisch gesehen gegen die Zeit und es ist bei einem Sieg Maos vorauszusehen, daß dann neue Auseinandersetzungen erfolgen werden.